



Presseschau vom 31.10.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends:

Lug-info.com: Fernsehinterview bei Lugansk24 mit dem Minister für Industrie und Handel der LVR Dmitrij Boshitsch (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Unternehmen der DVR haben in ersten zehn Monaten des Jahres 2016 Produkte für 4,3 Mrd. Rubel exportiert.

„Die Unternehmen haben trotz der Schwierigkeiten, trotz der Fragen mit der Zertifizierung der Produkte, die bestehen, weil die ukrainische Zertifizierung ausgelaufen ist, Möglichkeiten der Lösung gefunden“, sagte Boshitsch.

„Derzeit gibt es bei uns mehr als 18.000 Beschäftigte in der verarbeitenden Industrie. Im Prinzip hat der Bereich genug Fachkräfte, aber es gibt in einigen Bereichen einen Mangel an qualifizierten Facharbeitern“, berichtete er.

„Dies ist mit dem Arbeitsentgelt verbunden, wir haben hier eine Aufgabe, und die Vergrößerung des Produktionsumfangs wird es erlauben, die Entgelte zu erhöhen und so mehr gut ausgebildete Spezialisten heranzuziehen“, fügte Boshitsch hinzu.

Die Unternehmen des Metallbereichs der Republik haben in den ersten zehn Monaten 2016 Produkte für 200 Mio. Rubel umgesetzt, sagte Boshitsch weiter.

„Derzeit ist der Bereich der Metallindustrie nachgefragt, in erster Linie natürlich auf den äußeren Märkten“, unterstrich er.

Der Minister ergänzte, dass in diesem Bereich das Lugansker wissenschaftlich-produzierende Walzkombinat und die Lugansker mechanische Gußfabrik führend sind.

„Die Produktion ist konkurrenzfähig und entsprechend gibt es einen Bedarf. Derzeit haben diese Unternehmen eine positive Dynamik, sie stellen die Verbindungen zu früheren Abnehmern wieder her“, sagte Boshitsch.

„Der Metallindustriebereich hat in zehn Monaten mehr als 200 Mio. Rubel umgesetzt,

deshalb hoffen wir, dass wir Potential haben und uns ausweiten werden“, meint der Minister.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen und dabei großkalibrige Artillerie und Mörser verwendet. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der LVR mit.
Das Feuer auf das Gebiet von **Kalinowo** wurde aus Richtung Troizkoje mit 122mm-Artilleriegeschützen und Mörsern eröffnet.
Verluste gibt es keine.

De.sputniknews.com: Gedenkt Aggression in Jugoslawien – Lawrow beantwortet Vorwürfe des Westens zu Syrien.

Die USA greifen zu öffentlichen Beleidigungen, indem sie Russland „Kriegsverbrechen“ in Syrien vorwerfen, während die Luftangriffe der Nato-Truppen auf die damalige Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 1999 eine Aggression waren. Das sagte Russlands Außenminister Sergej Lawrow am Montag in einem Interview mit dem russischen TV-Sender Rossija 1.

„Die Aggression gegen Jugoslawien war natürlich genau das – eine Aggression. Übrigens war es der erste Angriff auf ein souveränes Land in Europa seit 1945. Wenn wir schon darüber sprechen, greifen unsere westlichen Partner, vor allem die Amerikaner und Briten, vor dem Hintergrund der Geschehnisse in Syrien in ihrer Hysterie bereits zu öffentlichen Beleidigungen, wenn diese solche Worte wie ‚Barbarei‘ und ‚Kriegsverbrechen‘ in Bezug auf Syrien verwenden“, so Lawrow.

Der Nato-Einsatz in Jugoslawien war ihm zufolge von Angriffen auf viele Zivilobjekte begleitet, darunter das serbische Fernsehen und Brücken, über die zivile Personenzüge gefahren waren, usw.

Niemand erinnere sich heute an die Tausenden Toten, unter denen Hunderte Kinder waren. Auch an rund 250.000 Flüchtlinge würde sich keiner mehr erinnern.

...

Am 24. März 1999 hatte die Nato ihren Militäreinsatz gegen Jugoslawien begonnen. Er war nicht von der Uno legitimiert worden, dauerte aber bis zum 10. Juni. Am Ende nahmen die Nato und eine internationale Übergangsverwaltung das Kosovo unter ihre Kontrolle. Später wurden die meisten Vollmachten den dort lebenden Kosovo-Albanern überlassen.

Die genaue Zahl der Todesopfer ist immer noch nicht bekannt. Die serbischen Behörden schätzten sie auf etwa 2500 Menschen, darunter 89 Kinder. Verletzt worden seien etwa 12.500 Menschen. Der materielle Schaden belief sich laut verschiedenen Quellen auf 30 bis 100 Milliarden US-Dollar.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31215/38/312153871.jpg>

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„Heute Morgen hat die ukrainische Seite **Jasnoje** (bei Dokutschajewsk, Anm. d. Übers) beschossen. In der Folge des Beschusses wurde ein Zivilist verletzt“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Dabei wurden in Jasnoje zwei Wohnhäuser auf der Schtschorse- und der Tschapajew-Straße beschädigt, teilte die Quelle weiter mit.

Nach vorläufigen Informationen wurde mit Mörsern geschossen.

„Von 18:00 bis 00:30 Uhr hat die ukrainische Seite **Alexandrowka und Trudowskije im Westen von Donezk, das Gewerbegebiet bei Jasinowataja, Oserjanowka bei Gorlowka, die Dörfer Sachanka und Leninskoje im Nowoasowskij-Bezirk** im Süden des Landes beschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit. „Auf diese Gebiete wurden von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte insgesamt 160 Geschosse, darunter Panzergeschossen, Artilleriegranaten der Kaliber 152 und 122mm sowie Mörsergranaten, abgeschossen“.

Neben schweren Waffen und Mörsern verwendeten die ukrainischen Soldaten auch Panzertechnik, Granatwerfer und Schusswaffen.

„In Folge des Beschusses unserer Stadt in der letzten Nacht von den ukrainischen Positionen aus wurden 22 Häuser unterschiedlich schwer beschädigt. Es gingen Meldungen über Beschädigungen von Dächern, Fassaden und Verglasungen ein. Wir sammeln weiter Informationen“, teilte der Bürgermeister von **Dokutschajewsk** Alexandr Katschanow mit.

„Während der nächtlichen Beschüsse von der ukrainischen Seite wurden durch Mörserfeuer drei Häuser auf der Rudnew-Straße in **Sajzewo** beschädigt“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

Er erläuterte, dass die Verglasungen der Häuser und die Fassaden durch Splitter beschädigt wurden.

„Etwa 10 Häuser wurden während eines Beschusses mit Schusswaffen in der letzten Nacht beschädigt. Es wurde sowohl mit Maschinengewehren als auch mit Granatwerfern geschossen. Am stärksten wurde das Haus Nr. 6 auf der Kirow-Straße beschädigt. Dort wurden alle Fensterscheiben zerschossen“, teilte der Leiter der Verwaltung von **Alexandrowka** Konstantin Tschalj mit.

De.sputniknews.com: Neue antirussische Sanktionen der Ukraine treten in Kraft.

Eine erweiterte Liste ukrainischer Sanktionen gegen Russland ist am Montag auf Anordnung des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in Kraft getreten, heißt es auf der offiziellen

Webseite des ukrainischen Parlaments.

Die neue Sanktionsliste gegen russische Bürger und Firmen war Medien zufolge am 16. September festgelegt und später von Poroschenko gebilligt worden. Zu den bisherigen 347 russischen Namen kamen 335 weitere hinzu. Die Zahl der von ukrainischen Sanktionen betroffenen russischen Unternehmen stieg wiederum von 104 auf 271 an.

Die Ukraine hatte im September 2015 Sanktionen gegen eine Reihe russischer Bürger und Firmen verhängt. Nun hat Poroschenko die Sanktionsliste erweitert und die Einschränkungsmaßnahmen um ein Jahr verlängert. Diese Maßnahmen – angefangen von Einreiseverbot und Beschlagnahme bis hin zum Verbot von Geschäftstätigkeit auf dem ukrainischen Territorium – betreffen unter anderem prominente russische Politiker und Firmen wie Baschneft, Rostech, Rusal sowie russische Zahlungssysteme.

Aus Sicht des Vizevorsitzenden des russischen Parlaments, Sergej Schelesnjak, manövriert Kiew mit diesem Schritt die eigene Wirtschaft in eine Sackgasse.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30627/73/306277327.jpg>

Nachmittags:

Lug-info.com: Der Umsatz an Industrieprodukten in den Hauptproduktionszweigen in der Republik beträgt für die ersten 9 Monate des Jahres 2016 26,9 Mrd. Rubel. Dies teilte heute das staatliche Statistikkomitee der LVR mit.

„Der Umsatz an Industrieprodukten (Waren und Dienstleistungen) betrug von Januar bis September 26,89 Mrd. Rubel“, teilte die Behörde mit.

Dazu gehören unter anderem die Umsätze der Unternehmen der fördernden und weiterverarbeitenden Industrie, des Maschinenbaus, der Metallindustrie und der Unternehmen, die Koks produzieren, sowie Strom und Gas und andere Arten industrieller Produkte liefern.

Unter den Städten der Republik ist der Umsatz in folgenden Orten am höchsten: Lugansk - fast 10 Mrd. Rubel, Rowenki – 6,2 Mrd. Rubel (die Zunahme im September betrug hier fast 1 Mrd. Rubel), Swerdlowsk – 4,1 Mrd. Rubel, Antrazit – 1,3 Mrd. Rubel, Krasnyj Lutsch – 1 Mrd. Rubel.

Anfang 2016 hatte der Industrieminister der LVR Dmitrik Boschitsch mitgeteilt, dass die Unternehmen der LVR im Jahr 2015 Produkte in einer Summe von Mehr als 6,8 Mrd. Rubel umgesetzt haben.

De.sputniknews.com: Teheran ist empört über US-Anschuldigungen und wirft Pentagon Lüge

vor.

Teheran hat dem Pentagon Lügen und doppelte Standards vorgeworfen, nachdem ein Vertreter der US-Navy den Iran beschuldigt hatte, Waffen aus eigener Produktion an den Jemen zu liefern.

„Solche lügnerischen Erklärungen werden gemacht, während die schutzlose Zivilbevölkerung des Jemen, Schulen und Krankenhäuser mit Bomben und Raketen aus amerikanischer Produktion beschossen werden“, zitiert die Zeitung „Rossijskaja Gaseta“ den Sprecher des iranischen Außenministeriums, Bahram Ghasemi.

„Die Welt wird Augenzeuge erschreckender Militärverbrechen und barbarischer Luftangriffe auf das jemenitische Volk. Bestimmte Kräfte unterstützen diese Aktivitäten des saudischen Regimes“, sagte Ghasemi.

Vor einigen Tagen hatte der Vize-Admiral der US-Navy, Kevin Donagan, gesagt, dass der Iran Waffen aus eigener Produktion an Huthi-Rebellen im Jemen liefert. Ihm zufolge sollen im Laufe des vergangenen Jahres vor der jemenitischen Küste mindestens fünf Schiffe mit iranischen Waffen an Bord abgefangen worden sein. Donagan wollte jedoch keine Beweise dafür anführen. Dabei würden die US-Vorwürfe gegen den Iran besonders laut, wenn Teheran eindringlich dazu aufrufe, „die Aggression der saudischen Koalition gegen den Jemen zu stoppen“, hieß es.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31317/06/313170609.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Nach uns vorliegenden Informationen aus Geheimdienstquellen ist am 29. Oktober auf der Eisenbahnstation in Rubeshnoje ein Zug mit insgesamt 40 T-64-Panzern und Artilleriegeschützen der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen“, teilte Marotschko mit.

„Im Stationierungsgebiet eines Panzerbataillons der 93. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Putilowo im Nowoajdar-Bezirk sind am 30. Oktober neun Panzer eingetroffen“, fuhr Marotschko fort.

„Im Gebiet von Nowoalwandrowka, dass sich in der „grauen Zone“ befindet, wurden Geschützmannschaften von 120mm-Mörsern aus einer Mörserbatterie der 59. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt“, fügte er hinzu.

„Von unserer Aufklärung wurde festgestellt, dass am 29. Oktober in Staniza Luganskaja 70 polnische Söldner in drei Lastwagen vom Typ „Ural“ transportiert wurden.

„Im Zeitraum vom 27. bis 30. Oktober 2016 ist im Gebiet von Prischib ein nicht identifiziertes ukrainisches Freiwilligenbataillon eingetroffen, zu dem etwa 30 Soldaten mit NATO-Uniformen und NATO-Ausrüstung gehören“, fügte der Major hinzu.

Marotschko erklärte, dass im Verantwortungsbereich der 14. Brigade der ukrainischen

Streitkräfte im Gebiet von Trjochisbjonka ein Ausbruch von Unzufriedenheit der örtlichen Bevölkerung mit der Anwesenheit von Kämpfern des „Rechten Sektors“ zu bemerken ist. „So haben Einwohner der Ortschaft am 30. Oktober eine Protestaktion durchgeführt und von den Behörden gefordert, die ukrainischen Nationalisten aus der „ATO“-Zone abzuführen, nachdem die Strafsoldaten der ukrainischen Organisation auf brutale Weise mit einem zivilen Autofahrer abgerechnet haben“, teilte der Major mit.

„Die große Aktion war für die Kämpfer des „Rechten Sektors“ ein Vorwand für weitere Strafaktionen gegen örtliche Einwohner, da die Forderungen der Protestierenden von den ukrainischen Behörden vollständig ignoriert wurden“, sagte Marotschko.

„Unter anderem wurden nach Informationen von Einwohnern Trjochisbjonkas von Seiten der radikal eingestellten Nationalisten die Drohungen an die Zivilbevölkerung und die Verfolgungen verstärkt, was damit endete, dass weitere drei Menschen zusammengeschlagen wurden“, berichtete der Vertreter der Volksmiliz.

Ukrinform: Bei Kämpfen in der Ostukraine ist während der letzten 24 Stunden ein Soldat getötet worden. Weitere acht Militärs wurden verletzt.

Das gab am Montag der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für die Antiterror-Operation (ATO), Oberst Andrij Lysenko, bekannt. Der Soldat sei nahe der Ortschaft Werchnjotorezke gestorben. Vier Soldaten seien in der Nähe von Awdejewka, zwei von dem Bergwerk Butowka, ein Militärangehörige in Luganske und ein Soldat in der Nähe von Werchnjotorezke verwundet worden.

De.sputniknews.com: Lawrow: Warum Russland keine Basen auf Zypern braucht.

Die russischen Stützpunkte im syrischen Hmeimim und in Tartus sind laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow nicht zufällig gerade dort eingerichtet worden. Wie er nach einem Gespräch mit seinem zyprischen Amtskollegen Ioannis Kasoulidis sagte, braucht Russland auf Zypern jedoch keine Militärstützpunkte.

„Die geografische Lage unserer Stützpunkte in Hmeimim und Tartus ist durchaus günstig, um die erforderlichen Parameter der Durchführung unserer Anti-Terror-Operation auf Bitten der Regierung Syriens zu gewährleisten“, konkretisierte der russische Minister.

Kasoulidis teilte seinerseits der Presse mit, dass die Seiten bei ihren Gesprächen die Schaffung einer russischen Militärbasis auf Zypern nicht erörtert haben: „Heute ist diese Frage nicht zur Sprache gekommen, die reale Situation in Syrien hat gezeigt, dass Russland durchaus ohne irgendwelche Stützpunkte auskommen kann.“

„Derartiges haben wir heute nicht besprochen. Im Prinzip nutzen die Schiffe unserer Marine von Zeit zu Zeit die Häfen von Zypern, ohne irgendwelche speziellen Dienstleistungen, wie es gemäß dem internationalen Recht üblich ist“, bestätigte der russische Minister. „Ich kann mich nicht erinnern, dass dieses Thema überhaupt jemals zwischen uns und der Republik Zypern zur Debatte stand.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31297/64/312976435.jpg>

Dnr-online.ru/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR:

Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Soldaten 440-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Während des Beschusses haben die Terroristen 159 Artilleriegranaten abgeschossen, darunter 110 des Kalibers 152mm, 222 Mörsergranaten und 12 Panzergeschosse. Außerdem wurden Granatwerfer, Panzertechnik und verschiedene Arten von Schusswaffen verwendet.

Das Feuer auf die Ortschaften eröffneten üblichen Verbrecher: Pantschenko, Bursow, Schaptala, Mazejko, Nikoljuk, Sokolow und Deljatizkij.

Beschossen wurden folgende Ortschaften: Nishnetorezkoje, Sajzewo, Oserjanowka, die Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Jasinowataja, Spartak, Jasnoje, Leninskoje, Kominternowo, Sachanka, die Siedlungen Alexandrowka und Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk.

Der Kommandeur der 92. mechanisierten Brigade Nikoljuk führt seine blutige Mission fort. Heute Morgen wurde auf seinen Befehl, in Verletzung der Minsker Vereinbarungen, unter Anwendung von Panzergeschützen und Mörsern Jasnoje beschossen. In Folge des Beschusses erlitt Anatolij Iwanowitsch Olchowskij, geb. 1943, zahlreiche Splitterverletzungen, außerdem wurden 22 Häuser, Stromleitungen und Gasleitungen beschädigt.

Außerdem wurden durch die Beschüsse der ukrainischen Soldaten drei Häuser in Sajzewo und zwei Häuser in Alexandrowka im Petrowskij-Bezirk von Donezk beschädigt.

Wegen der fortgesetzten massierten Artillerie- und Mörserbeschüsse auf Kominternowo, Besymennoje, Leninskoje, Sachanka und umliegende Ortschaften, ist es den Reparaturdiensten nicht gelungen, mit den Arbeiten zur Reparatur der Stromversorgung im Süden der Republik zu beginnen.

Ich will mich an die Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination von der ukrainischen Seite und persönlich an General Kremenezkij wenden. Statt uns der Beschüsse unseres eigenen Territoriums und die russische Seite im Gemeinsamen Zentrum der Tatenlosigkeit zu beschuldigen, bringen Sie besser Ordnung in ihre terroristischen Banden, die ständig das Donezker Land beschießen, und geben Sie uns die Möglichkeit Reparaturarbeiten im Süden der Republik durchzuführen.

Die Terroristen konzentrieren weiter schwere Waffen. So wurde nach Angaben unserer Aufklärung im Gebiet von Durshkowska, 40 km von der Kontaktlinie, die Fahrt eines Eisenbahnzugs mit 40 152mm- und 122mm-Artilleriegeschützen und zwanzig Panzern beobachtet.

Vor dem Hintergrund der Verschiebung der Fristen für die Maßnahmen zur Entlassung der Soldaten der sechsten Mobilisierungswelle in den Abteilungen der Ukraine fällt das Niveau der Lebensmittelversorgung weiter, weil die finanziellen Mittel, die für die Lebensmittelversorgung vorgesehen waren, während der Verteilung unterschlagen wurden. Ein deutliches Beispiel ist der Aufstand der Soldaten der 72. Brigade gegen ihr Kommando, die Unzufriedenheit mit der Organisation und der Qualität der Nahrungsmittel in den Abteilungen geäußert haben. Die unzureichende materielle und Lebensmittelversorgung ist ein Anreiz für die Soldaten, die bereit sind, gegen ihr Kommando vorzugehen. Ich will sagen, dass wir nicht dagegen sind, solche Soldaten in unsere Reihen aufzunehmen, sie zu kleiden, zu versorgen und ihre Wut gegen das Marionettenregime in Kiew zu richten! Außerdem gehen die Versuche des Gegners weiter, in das Hinterland unserer Republik einzudringen, um Terrorakte zu begehen. In Marjinka wurde von unseren Soldaten ein Versuch von Terroristen, unter dem Anschein von Zivilisten, die einen Passierschein des Donezker Oblast haben, auf das Territorium der Republik vorzudringen, unterbunden.

Ukrinform: Niederlande wollen Verhandlungen über Assoziierung der Ukraine um noch 6 Wochen verlängern

Die niederländische Regierung brauche mehr Zeit für die Verhandlungen über die Ratifizierung der Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine unter der Berücksichtigung der Beunruhigung derjenigen, die beim Referendum vom April „gegen“ abgestimmt hatten, erklärte in seinem Brief an das Parlament der Premierminister der Niederlande, Mark Rutte, berichtet der niederländische Sender NOS.

„Dieser Prozess erfordert mehr Zeit, als viele in den Niederlanden wollten“, erklärte er. Es wird angemerkt, die niederländische Regierung halte die Ratifizierung des Abkommens immer noch für möglich und es bestehe genügend Unterstützung für die Durchführung von Verhandlungen.

„Zwar gab es keine formellen Vereinbarungen, die Regierung glaubt aber, dass ein solches Ziel erreichbar ist“, stellte Rutte fest.

Das Ziel der Verhandlungen, die die kommenden 6 Wochen dauern sollen, sei, klar festzustellen, dass das Assoziierungsabkommen nicht zur EU-Mitgliedschaft der Ukraine führt, die Freizügigkeit der Arbeitskräfte auf den europäischen Markt nicht vorsieht, sowie das Thema der Zusammenarbeit in den Bereichen Militär und Finanzhilfe nicht in Betracht zieht.

Nach Auffassung der niederländischen Regierung wird so die Meinung derjenigen gewürdigt, die gegen das Abkommen abgestimmt hatten.

De.sputniknews.com: Syrien: Dutzende Tote in Aleppo durch Rebellen-Angriffe.

Mindestens 84 Zivilisten sind in den letzten drei Tagen im syrischen Aleppo nach Angaben der Regierungsarmee durch Angriffe der Rebellen getötet worden. Mehr als 280 weitere Menschen wurden verletzt.

Die meisten Opfer seien Frauen und Kinder, meldet die Agentur SANA unter Berufung auf das Militär. Der Meldung zufolge feuerten Terroristen in den vergangenen drei Tagen mehr als 100 Granaten, 50 Raketen und 20 Gasflaschen auf Wohnviertel von Aleppo ab. Nach Angaben des Militärs nutzen die Terrormiliz al-Nusra-Front und mit ihr verbundene Gruppierungen die seit zwei Wochen geltende Waffenruhe zur Verstärkung. Seit Beginn der humanitären Feuerpause seien im südlichen Viertel Khan-Tuman und im nördlichen Kafr-hamra mehr als 8.000 Militante eingetroffen. Die Terroristen würden versuchen, die Blockade östlicher Teile von Aleppo, wo ihre Kameraden eingeschlossen sind, zu durchbrechen.

Dan-news.info: „Der Oberste Gerichtshof der DVR hat heute das Urteil bezüglich Maxim Teorenter gefällt, dem Organisator des Attentats auf das Republikoberhaupt Alexandr Sachartschenko, gemäß den Paragraphen 322, 256 Teil 2 des Strafrechtskodex der DVR. Er wurde zu 14 Jahren Freiheitsentzug verurteilt“, teilte das Staatssicherheitsministerium der DVR mit.

Es wurde hinzugefügt, dass Teorenter Agent des Sicherheitsdienstes der Ukraine war. Es wurde festgestellt, dass er die Sprengeinrichtung im Schießclub „Artemida“ in Donezk legte. Wir erinnern daran, dass der Anschlag auf das Oberhaupt der DVR von Mitarbeitern des Staatssicherheitsministeriums am 28. April dieses Jahres verhindert wurde. Im Ergebnis der Durchführung von operativen Ermittlungsmaßnahmen, wurde eine Gruppe aus dem von Kiew kontrollierten Territorium eingetroffener Bürger der Ukraine festgenommen, die für den Anschlag eine Sprengeinrichtung, die in einem Möbelstück versteckt war, nutzen wollten.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/maksim_teorenter.jpg?itok=C708xyhA

Dan-news.info: „Die ukrainische Seite hat Trudowskije beschossen. In Folge des Beschusses erlitt ein ziviler Einwohner, Sergej Jurtschenko, geb. 1966, Verletzungen“, teilte der Leiter der Bezirksverwaltung des Petrowskij-Bezirks von Donezk Maxim Shukowskij mit. Nach seinen Worten befindet sich der Verletzte im städtischen Krankenhaus Nr. 14, die Ärzte erweisen ihm die notwendige Hilfe. Genauere Informationen über die Art der Verletzung und den Zustand des Patienten liegen nicht vor.

De.sputniknews.com: Syrischer General: So kann Aleppo-Krise in nur zehn Tagen gelöst werden.

Die Krise im syrischen Aleppo kann innerhalb von zehn Tagen beigelegt werden, wie der Chef der syrischen Luftaufklärung, General Dschamil Hassan, im Gespräch mit Sputnik sagte. Dafür müsse der Westen jedoch auf seine „beschämende“ Doppelmoral-Politik in Bezug auf Syrien verzichten.

„Die Politik der USA und Europas ist der einzige Grund für die Aktivität der Terroristen in Aleppo. Wenn sie die Finanzierung (von Kämpfern – Anm. d. Red.) für zehn Tage aussetzen, wird das Problem von Aleppo gelöst sein, und die Terroristen werden mit ihren Waffen zu ihren Freunden in der Türkei zurückkehren“, so der General.

Um das Problem von Aleppo zu lösen, müsse der Westen, und zwar die USA und Frankreich, ihre „beschämenden Doppelstandards“ ablegen.

„Der Westen sollte sich dafür schämen, die Situation in solcher Form zu präsentieren. (...) Warum regt sich niemand darüber auf, was in den westlichen Wohnvierteln von Aleppo passiert, die von der Regierung kontrolliert und fast täglich von Terroristen beschossen werden? Sie sind doch auch Menschen, und diejenigen, die in Aleppo getötet werden – das sind ebensolche Kinder, Frauen und Rentner“, so Dschamil weiter. Die Unterstützung der Terroristen seitens der USA habe inzwischen ein beispielloses Ausmaß erreicht: Die Kämpfer bekommen laut dem Aufklärungs-Chef Hilfe im Informationskrieg – sogar auf der Ebene des UN-Sicherheitsrates.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31213/34/312133469.jpg>

Dnr-online.ru: Der Pressedienst des Ministeriums für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR teilt mit, dass die Bürger der Republik mit Heizwärme versorgt sind. Zum Stand am 31. Oktober morgens bilden 5 Häuser in Makejewka, Debalzewo und Surgres eine Ausnahme, wo an Rohrbrüchen in den Kellern gearbeitet wird. In diesem Jahr begann die Heizsaison fristgerecht am 15. Oktober.

De.sputniknews.com: Moskau: Verunglimpfung Russlands in westlichen Medien spielt Terroristen in die Hand.

Die Kampagnen zum Anschwärzen der Rolle Russlands in Syrien und zur Desinformation über das Geschehen in Aleppo kommen letztendlich den Terrormilizen „Islamischer Staat“ und „Dschabhat al-Nusra“ zugute, wie der Menschenrechtsbeauftragte des russischen Außenministeriums, Konstantin Dolgow, bei einem Briefing in der Agentur „Rossiya Segodnya“ sagte.

„Leider prangern auch ernsthafte Medien Russland an. Das alles spielt den Extremisten und Terroristen des IS und der Al-Nusra-Front in die Hand“, so Dolgow. „Eine solche Desinformation ist ein Faktor zur Unterstützung der Aktivitäten der Extremisten.“ Ihm zufolge hält die Kampagne seitens mehrerer westlicher Länder und mancher Menschenrechtsorganisationen an, „von denen wir eine Ja-Sagerei und eine Desinformation zu den Ereignissen in Syrien und Aleppo sehen“.

Als Beispiel führte Dolgow die „Aufsehen erregende Geschichte um den angeblichen Angriff auf eine Schule in Idlib an, bei dem angeblich Dutzende Kinder den Tod gefunden haben sollen“. „Wie sich herausstellte, war es einfach eine Fälschung, eine Collage, eine Montage, eine grobe Fälschung, auf deren Basis versucht wurde, Russland zu beschuldigen“, sagte Dolgow.

Das russische Verteidigungsministerium hatte zuvor die Erklärung des UN-Kinderhilfswerks

UNICEF über einen Luftangriff auf eine Schule dementiert. Der amtliche Sprecher der Militärbehörde, Igor Konaschenkow, erklärte, eine detaillierte Luftaufnahme der syrischen Ortschaft Haas in der Provinz Idlib zeuge davon, dass es „keinerlei Beschädigungen am Dach der Schule oder Bombentrichter im angrenzenden Raum um die Schule gibt“. Ihm zufolge sind die in mehreren westlichen Medien veröffentlichten Videoaufnahmen vom angeblichen Angriff in Idlib eine Montage aus mehr als zehn Aufnahmen. Zudem betonte er, dass am 26. Oktober kein einziges Flugzeug der russischen Luftwaffe diesen Raum überflogen habe.

Der Westen hat den syrischen und russischen Behörden schon mehrmals Angriffe auf zivile Objekte und die moderate syrische Opposition vorgeworfen, aber keinerlei Beweise dafür vorgelegt. Moskau bezeichnet dies als haltlose Anschuldigungen und verweist darauf, dass sich alle Angriffe ausschließlich gegen die Terroristen richten würden, und zwar nach einer sorgfältigen Prüfung der Ziele und aufgrund glaubwürdiger Aufklärungsdaten. Dabei hätten sich die Anschuldigungen an die Adresse der russischen Kampffliegerkräfte, zivile Objekte bombardiert zu haben, kein einziges Mal bestätigt, betonte der Sprecher der Militärbehörde.

De.sputniknews.com: Ukrainer bitten Ex-Staatsanwältin Poklonskaja um Befreiung von „falscher Staatsmacht“

Die ehemalige Staatsanwältin der Republik Krim und heutige Abgeordnete des russischen Parlaments Natalja Poklonskaja hat in einem Interview Briefe erwähnt, in denen ukrainische Staatsangehörige sie um Hilfe bitten. Dies berichtete der russische TV-Sender NTV am Montag.

„Ich bekomme als Abgeordnete Briefe von Ukrainern. Freilich bitten sie, die Antworten nicht an ihre Adressen, sondern an ihre E-Mail-Postfächer zu schicken“, so Poklonskaja. Die Absender bäten sie darum, sie von der „falschen Staatsführung“ zu befreien, die in der Ukraine an die Macht gekommen sei. „Das ukrainische Volk, das zur Geisel seiner fahrlässigen Herrscher geworden ist, tut mir leid“, sagte sie.

Die Position der ukrainischen Behörden, die sie als eine „illegitime“ Abgeordnete der Staatsduma, des Unterhauses des russischen Parlaments, bezeichnet haben, bewege sie dagegen nicht, sagte Poklonskaja.

„Wenn sie das beruhigt, lasst sie mich so bezeichnen, das macht mir keine Sorgen“, sagte sie. Die ukrainische Staatsmacht ginge vor allem von ihrem eigenen Status aus. Sie sei durch einen bewaffneten Staatsstreich an die Macht gekommen, deshalb fühlt sie ihre Minderwertigkeit und Illegitimität. „Und für illegitime Täter, die sich für die Führung der Ukraine halten, werden alle anderen illegitim sein, es lohnt sich nicht, ihnen etwas zu beweisen. Das Wichtigste ist, dass das ukrainische Volk uns anerkennt, versteht, unterstützt und sich freut“, so Poklonskaja weiter.

Im Unterhaus des russischen Parlaments ist Poklonskaja als Vizechefin des Ausschusses für Korruptionsbekämpfung und Sicherheit tätig.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31283/94/312839411.jpg>

Lug-info.com: Die Republiken des Donbass werden sich mit denen, die die Befehle gegeben haben, auf friedliche Städte und Menschen zu schießen, „nicht an einen Tisch setzen“. Dies erklärte heute bei einem Treffen mit der Jugend von Lugansk der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

„Man muss daran erinnern, dass die, die schießen, Befehle geben das Feuer zu eröffnen – das sind zweifellos die Menschen, die unsere ideologischen Feinde sind. Wir werden nicht mit denen in einem Land leben, die auf uns schießen“, sagte er.

„Oder es werden in diesem Land die, die auf uns schießen, ihre Strafe erhalten, werden Ausgestoßene in dieser Gesellschaft, werden in gewisser Weise in ihren Rechten eingeschränkt, wie das mit den Nazi-Verbrechern im Ergebnis des Nürnberger Prozesses geschah“, unterstrich der Vertreter der LVR.

„Es kann nicht sein, dass wir an einem Tisch mit denen sitzen, die auf uns das Feuer eröffnet haben“, meint Dejnego.

Er sagte, dass gewöhnliche Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der Mehrheit genauso Geiseln der Situation und der Kiewer Regierung sind, wie die friedlichen Einwohner des Donbass.

„Man muss daran erinnern, dass die konkreten Soldaten, die sich an der Front befinden, entweder prinzipienlose Menschen sind, die daran verdienen, oder sie wurden durch das mögliche Schicksal ihrer Verwandten eingeschüchtert. Man muss daran erinnern, dass, wenn die Einberufung in die ukrainischen Streitkräfte erfolgt und aus irgendeinem Dorf ein Mensch in eine Abteilung kommt, seine Familie als Geiseln zurückbleibt“, erklärte Dejnego.

„Deshalb kann er hier nicht auf unsere Seite übergeben, weil er weiß, was die Folgen für seine Verwandten sein würden, und er kann diesem Prozess nicht offen Widerstand leisten. Er befindet sich in einer sehr schwierigen Situation. Das muss man auch verstehen. Und vielleicht verdienen solche von ihnen Verständnis und Verzeihung von unserer Seite“.

„Dann gibt es die, mit denen es nicht möglich ist zusammen zu leben, in diesem Land sind das nicht so viele, vielleicht ein Prozent. Und die große Mehrheit der Menschen in der Ukraine sind gewöhnliche Menschen, die in schwierige Lebensumstände geraten sind, mit denen man sprechen muss und mit denen man möglicherweise sehr viele Berührungspunkte finden kann. Vielleicht kann mit ihnen gemeinsam diese Junta gestürzt und ein neues Land aufgebaut werden“, sagte der Vertreter der Republik.

De.sputniknews.com: Hoffnung aufgegeben - USA unfähig, Opposition von Extremisten zu trennen.

Die Bombenangriffe auf Aleppo können zu jedem Zeitpunkt wieder aufgenommen werden. Das wurde nach dem Treffen der Außenminister Russlands, Irans und Syriens in Moskau klar, die den USA die Unfähigkeit vorwarfen, gemäßigte Oppositionelle von Terroristen zu trennen, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Montag.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow gab zu verstehen, dass die Zeit gekommen sei, alle in Aleppo verbliebenen radikalen Gruppierungen zu vernichten. Die Wiederaufnahme der Luftangriffe wurde noch realer angesichts des Beginns der Gegenoffensive nahe Aleppo, die von syrischen Aufständischen angekündigt wurde.

Die Außenminister besprachen das Syrien-Thema nicht zum ersten Mal zu dritt. Ein ähnliches Treffen gab es bereits im Januar 2014 in Moskau vor der internationalen Genf-2-Konferenz. „Russland, der Iran und Syrien sind Länder mit einem großen Gewicht in der internationalen Arena. Bei einer ernsthaften Koordinierung ihrer Handlungen können sie ein gutes Ergebnis beim Kampf gegen den Terror – den neuen Faschismus unserer Zeit, erreichen“, sagte der Leiter der oppositionellen syrischen Volksfront für Wandel und Freiheit, Qadri Dschamil. Er räumte zugleich ein, dass dieses Bündnis bislang informell und nicht endgültig gestaltet sei, das werde aber in der Zukunft notwendig sein. Allerdings wird diese These von dem Politologen Alexander Ignatenko bestritten, der der Meinung ist, dass Moskau, Teheran und Damaskus verschiedene Ziele und Interessen im Syrien-Konflikt

haben, die nur als situationsbedingte Verbündete bezeichnet werden könnten. Dennoch vereinigt die drei Seiten zumindest eine Frage – die skeptische Einstellung gegenüber den Anstrengungen Washingtons bei der Syrien-Regelung. „Haben die USA den politischen Willen zur Suche nach einer politischen Lösung in Syrien? Ich denke, sie haben gar keinen Wunsch dazu“, sagte der syrische Außenminister Walid al-Muallim. „Wir haben kein Vertrauen zu den USA“. Ebenso kategorisch war auch Sergej Lawrow: „Unsere westlichen Kollegen spezialisieren sich vor allem auf unbegründete Vorwürfe bzw. die Manipulierung der Fakten und decken damit de facto Terroristen. Die Terroristen müssen aber geschlagen werden“.

Lawrow führte ein konkretes Beispiel an. Ihm zufolge rechnete Moskau damit, dass die Einstellung der Luftangriffe der russischen Fliegerkräfte Washington ermöglichen wird, die gemäßigte Opposition von der Trennung von Dschebhat an-Nusra zu überzeugen, das de facto im Östlichen Aleppo die Führungsrolle unter den bewaffneten Oppositionsgruppen spielt. Allerdings wurde dies bis heute nicht getan. Lawrow berief sich auf Worte von Präsident Putin und sagte: „Unsere Geduld ist nicht grenzenlos, das betrifft auch die Aufgabe der Vernichtung der Terroristen in Aleppo“. Der Minister gab zu verstehen, dass die Zeit gekommen sei, die Mitglieder der in der Stadt verbliebenen Gruppierungen als „legitimes Ziel“ neben den Terroristen der Dschebhat an-Nusra und des Islamischen Staates zu bezeichnen. Allerdings sicherte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, zu, dass Putin die Wiederaufnahme der Luftangriffe jetzt nicht für zweckmäßig halte.

„In Aleppo kann es nur eine Lösung geben – die Terroristen aus der Stadt zu vertreiben. Mit politischen und zugleich militärischen Methoden“, sagte Qadri Dschamil. Die am 20. Oktober begonnene humanitäre Pause dauert bislang an, doch an ihrer Zweckmäßigkeit wird immer mehr sowohl in Moskau als auch in Damaskus gezweifelt. Der stellvertretende Außenminister Russlands, Gennadi Gatilow, sagte vor kurzem, dass Russland zur Verlängerung der Pausen bei der Befreiungsoperation in Aleppo bereit sei, doch sie sollen genutzt werden, um der Zivilbevölkerung tatsächlich zu helfen, die Stadt via humanitäre Korridore zu verlassen. Das sagte auch Walid al-Muallim. Zugleich wird der Auszug der friedlichen Bevölkerung weiterhin von den Terroristen blockiert. Wie der Leiter der operativen Hauptverwaltung des Generalstabs der russischen Streitkräfte, Sergej Rudskoi sagte, eröffneten die Terroristen in den letzten drei Tagen 62 Mal das Feuer aus Minenwerfern und Artillerieanlagen gegen den westlichen Teil von Aleppo. Beim Beschuss kamen 43 friedliche Einwohner ums Leben, 96 Zivilisten wurden verletzt. Auch die russische Botschaft in Damaskus wurde angegriffen.

Die Wiederaufnahme der aktiven Phase der Operation der russischen Fliegerkräfte wurde noch realer wegen der angekündigten Gegenoffensive der bewaffneten syrischen Opposition. Nach Angaben der Nachrichtenagentur AP attackierten Extremisten einen Militärflugplatz östlich von Aleppo und vernichteten mehrere Stellungen der Regierungstruppen westlich von Aleppo.

Das Stocken bei der Befreiung von Aleppo verringert die Chancen auf eine baldige Wiederaufnahme des politischen Prozesses. Muallim zufolge ist Damaskus bereit, weitere Verhandlungen mit der Opposition unverzüglich aufzunehmen, allerdings ermöglichen die USA und ihre Verbündeten keine neue Verhandlungsrunde in Genf.

Wpered.su: <http://wpered.su/2016/10/31/komsomolcy-vsex-pokolenij-proveli-vstrechu-s-uchenikami-goroda-snezhnogo-foto/>

Am 28. Oktober fand im Museum des Kampfruhms in Sheshnoje ein Treffen von Komsomolzen aller Generationen mit Schülern der Schulen der Stadt statt. Dies teilte der Pressedienst der gesellschaftlichen Organisation „Frauenunion – Hoffnung des Donbass“ statt.

Als Gäste waren zu diesem Treffen auch Kommunisten der Stadt Tores eingeladen. Während der Veranstaltung gaben Teilnehmer ihre Erinnerungen an die Heldentaten der Komsomolzen und Kommunisten während des Großen Vaterländischen Kriegs weiter. Außerdem ehrten die Teilnehmer des Treffen das Andenken der im Krieg im Donbass 2014 Gefallenen.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2016/10/uai6F23nfCg.jpg>

De.sputniknews.com: Billig und effektiv: Russland entwickelt neue Waffe gegen Schwärme
Der russische High-Tech-Ausrüster „United Instrument Manufacturing Corporation“ hat eine neue Waffe entwickelt, die Schwärme von Mini-Drohnen vernichten kann. Darüber sprach der Pressesprecher des Unternehmens, Leonid Chozhin, mit Sputnik.

Statt die Drohne „physisch“ oder mithilfe von Raketen oder Sprengköpfen zu vernichten, wirkt sich die neue Waffe Chozhin zufolge auf radioelektronische Bordsysteme aus, wobei sie die Drohne in ein nutzloses Stück Eisen und Plastik verwandelt.

„Die bereits erfolgreich getesteten Technologien können Drohnen effektiv und billig bekämpfen. Man muss nicht mehr viel Geld für Kugeln, Granaten und Raketen ausgeben.

Ein Schuss aus einer solchen Waffe kostet tatsächlich nichts“, so der Pressesprecher.

Die traditionellen Waffen seien nicht effektiv bei der Abwehr einer Attacke von Mini-Drohnen, die in Schwärmen fliegen. Außerdem könne es gefährlich sein, falls die Drohnen in Wäldern oder Städten aktiv seien. Die neue russische Waffe kann sowohl erfolgreich die Drohnen vernichten, als auch sicher für Menschen sein.

Zuvor hatte William Roper, Chef des US-amerikanischen Büros für strategische Fähigkeiten (Strategic Capabilities Office), nach Angaben des Magazins „National Interest“ mitgeteilt, das Pentagon teste einen Drohnen-Schwarm, der den Gegner aus der Luft angreifen bzw.

Spionageeinsätze absolvieren soll. Ein solcher Schwarm ermögliche den Streitkräften viele Vorteile. Er fliege tief und lasse sich schwer bekämpfen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30855/83/308558320.jpg>

Abends:

De.sputniknews.com: Nato verzichtet auf Treffen zu Sicherheit auf Ostsee – russischer Botschafter.

Der ständige Vertreter Russlands bei der Nato, Alexander Gruschko, hat in einem Interview mit dem Nachrichtendender „Rossija 24“ die Absage eines Expertentreffens zur Regelung der Sicherheitsfragen in der Ostsee-Region durch die nordatlantische Allianz kommentiert. Die Nato habe das Treffen der Militärexperten zur Behandlung von Sicherheitsfragen in der Ostsee-Region abgesagt, teilte Gruschko am Montag mit.

Kennzeichnend sei allein die Tatsache, dass die Nato-Länder auf das von Russland vorgeschlagene Treffen in Moskau verzichtet haben, bei dem die Militärexperten „sehr entpolitisiert alle Aspekte eines sicheren Luftverkehrs in der Region“ besprechen sollten, so Gruschko.

Allerdings sei Moskau nach wie vor zu einem Dialog mit der Nato offen und auch bereit, die zuvor bekanntgegebenen Vorschläge zu besprechen.

„Wir sind nirgendwo ausgetreten, haben nichts eingestellt, daher werden wir ruhig unsere Linie fortsetzen. Dort, wo die Nato entgegen unseren Interessen handelt, werden wir uns für diese Interessen einsetzen, sei es die Militärplanung oder die Politik. Wenn aber die Nato bereit sein sollte, zu anderen Schemen des Umgang mit uns überzugehen, zu Schemen eines praktischen Zusammenwirkens, dann werden wir uns natürlich all das anschauen“, sagte er. Die „letzten von Militärs formulierten Vorschläge Moskaus“ sollten davon zeugen, dass die russische Seite zu einem Gespräch offen sei.

Rusvesna.su: Der Botschafter der Ukraine in Moldawien Iwan Gnatschin wurde zu Konsultationen nach Kiew gerufen. Dies gab der Pressesekretär des ukrainischen Staatschefs Swjatoslaw Zegolko auf seiner Facebook-Seite bekannt.

„Wichtige Information: Der Botschafter der Ukraine in der Republik Moldau wurde zu Konsultationen nach Kiew gerufen“, berichtet Zegolko.

Zugleich stellte er fest, dass nicht von der Abberufung des Botschafters die Rede sei. Zuvor hatte der Präsidentschaftskandidat Moldawiens I. Dodon in einem Interview mit russischen Medien die Krim als russisch bezeichnet...



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/ukraina_moldova_flag.jpg?itok=yX4-ZqpT

Rusvesna.su: Kommentar der DVR zu Informationen über einen möglichen Rücktritt Sachartschenkos:

„Informationen über einen möglichen Rücktritt des Oberhaupts der Donezker Volksrepublik Alexandr Sachartschenko sind eine Fiktion“, sagte ein Vertreter seines Pressedienstes gegenüber Journalisten.

Zuvor war auf einer der ukrainischen Internetseiten unter Berufung auf den Vertreter von Radio „Swoboda“ Artjom Furmanjuk die Nachricht über eine mögliche Ablösung Sachartschenkos durch den Ex-Premier der DVT Alexander Borodaj veröffentlicht worden. „Dies ist nichts als eine Fälschung“, sagte der Vertreter des Pressedienstes der DVR. Sachartschenko hat das Amt des Oberhaupts der DVR seit November 2014 inne.